

KOMMENTAR

VON ULRICH KRÖKEL



## Kaczynskis Schwäche

Jaroslaw Kaczynski gilt neben dem Ungarn Viktor Orban als wichtigster Vordenker einer rechtskonservativen Revolution im Osten Europas. Mehr noch: Viele seiner Anhänger und sogar manche Gegner halten den Rechtspopulisten für eine Art Superhirn. Die Fehler, die Kaczynski im polnischen Abtreibungsstreit unterlaufen sind, sprechen eine andere Sprache.

Kaczynski hat sich ohne Not von zwei Seiten in die Enge treiben lassen. Von rechts drängten ihn fundamentalistische Lebensschützer zu einer mittelalterlich anmutenden Verschärfung des ohnehin restriktiven Abtreibungsrechts. Von links stiegen nicht nur Feministinnen auf die Barrikaden. Auch die zuletzt schwächelnde außerparlamentarische Opposition witterte Morgenluft. Und was tat Kaczynski? Statt den Irrsinn der Lebensschützer zu stoppen, ließ er den Dingen ihren Lauf und sah zu, wie die PiS-Abgeordneten dem frauenfeindlichen Gesetzesentwurf in erster Lesung zustimmten.

Nun hat Kaczynski in einer spektakulären Kehrtwende die Notbremse gezogen, indem er das drohende Gesetz im Parlament durchfallen ließ.

Der Schaden jedoch, den er und seine Partei davongetragen haben, ist immens. Die Opposition hat gesehen, dass sie Kaczynski stoppen kann, und sie wird nachlegen. Es zeigt sich einmal mehr, dass für autoritäre Selbstherrscher in dem demokratischen Rahmen, den die EU setzt, kein Durchmarsch möglich ist.

Das mussten bereits all die Berlusconi und Haider dieses Kontinents erkennen. Nun sind Kaczynski und Orban an der Reihe. Denn auch der Ungar hat durch sein gescheitertes Flüchtlingsreferendum soeben unfreiwillig gezeigt, dass er nicht unschlagbar ist. Für die Entwicklung in Osteuropa insgesamt sind das gute Omen, Zeichen des Wandels.

ANDERE ANSICHTEN

### Ästenposten

aus Oslo zum Abtreibungsverbot in Polen: „Während die Politik in Westeuropa sich in eine EU-skeptische Richtung bewegt hat, ist der Richtungswechsel in Osteuropa von einem stärkeren Fokus auf traditionelle Familienwerte geprägt. Das sind Länder, die mit ihrer kommunistischen Vergangenheit besonders anfällig für antidemokratische Kräfte sind.“

### De Telegraaf

aus Amsterdam zum UN-Generalsekretär: „Die größte Herausforderung für Guterres wird vom Nahen Osten ausgehen. Die USA haben in dieser Woche die Syrien-Gespräche mit Russland abgebrochen. Die zwei Supermächte scheinen einen neuen Kalten Krieg begonnen zu haben. Daher müssen nun die UN eine Lösung für den Bürgerkrieg in Syrien forcieren.“

ZITAT DES TAGES

„Nichts kann diesen Feuer- und Todessturm rechtfertigen. Diese Grausamkeiten produzieren die Dschihadisten von morgen.“

Jean-Marc Ayrault, Frankreichs Außenminister, wirft dem syrischen Regime ein „blindes Bombardieren“ von Aleppo vor.

ZUR PERSON



Steven Woolfe (49), britischer Ukip-Politiker und Europaabgeordneter, ist am Donnerstag nach einem Streit im EU-Parlament „in kritischem Zustand“ in ein Krankenhaus in Straßburg gebracht worden. Später teilte Woolfe mit, es gehe ihm besser. Er werde aber die Nacht vorsichtshalber in der Klinik verbringen. Vorausgegangen war nach Angaben von Interims-Parteichef Nigel Farage ein Streit während eines Treffens von Ukip-Abgeordneten im Straßburger EU-Parlament, die BBC sprach von einem Faustkampf. Woolfe wird als heißer Kandidat für das Amt des Ukip-Chefs gehandelt. Die rechtspopulistische Partei befindet sich in einer Führungskrise.

POLITIK HEUTE

- **Oslo:** Bekanntgabe des Friedensnobelpreises.
- **Hamburg:** Deutscher Nachhaltigkeitspreis für UN-Generalsekretär Ban Ki Moon.
- **Rabat:** In Marokko wird ein neues Parlament gewählt.

# Europas Grenzschrützer rüsten auf

Frontex erhält mehr Personal und mehr Befugnisse, um den irregulären Zuzug von Migranten zu stoppen

VON MARINA KORMBAKI

BERLIN. Es ist eine der weitreichendsten Konsequenzen, die die EU aus dem Flüchtlingszuzug zieht: Die bisherige EU-Grenzschutzbehörde Frontex erhält mehr Personal und Befugnisse und wird so zur neuen „Agentur für Grenz- und Küstenwache“. Am Donnerstag stellte Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos gemeinsam mit dem bisherigen und künftigen Frontex-Chef Fabrice Leggeri an der EU-Grenze zur Türkei die neuen Möglichkeiten der Agentur vor. Avramopoulos sprach von einem

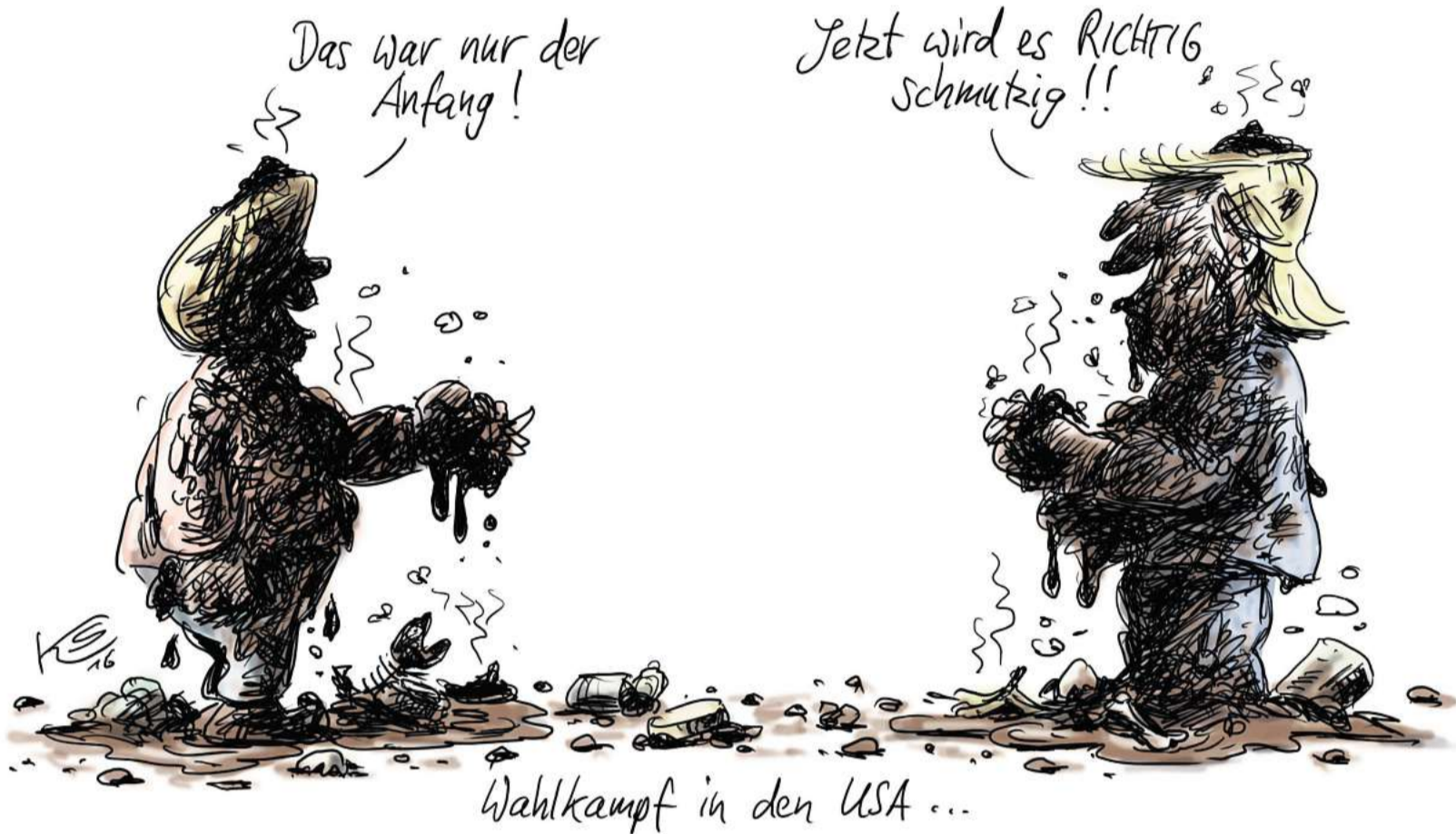
„Meilenstein“: „Ab sofort ist die Außengrenze eines EU-Mitgliedsstaats die Außengrenze aller Mitgliedsstaaten – rechtlich und im Alltagsbetrieb.“ Europas oberster Grenzschrützer Leggeri hob das weitreichende Mandat hervor. „Die neue Agentur ist stärker und besser ausgerüstet, um die Herausforderungen in Migrations- und Sicherheitsfragen an Europas Außengrenzen zu bewältigen“, sagte Leggeri am bulgarisch-türkischen Grenzübergang bei Kapitan Andreewo. Die Neuaufstellung der Agentur umfasst eine Verdoppelung des Personals sowie die Schaffung einer Eingreiftruppe

von mindestens 1500 Grenzschrütern, die in Notsituationen kurzfristig ausrücken können soll. Zudem will sich Frontex an der Rückführung abgelehnter Asylbewerber beteiligen. Außerdem soll es den EU-Grenzschrütern möglich sein, in angrenzenden Nicht-EU-Ländern tätig zu werden, sollte ein „starker Migrationsdruck“ dies erfordern. Mit Blick auf die zurzeit eingeschränkte Personenfreizügigkeit in Europa begrüßte Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Neuaufstellung von Frontex. „Die Errungenschaften des Schengen-Raums und die Kontrolle der Außen-

grenzen können auf diese Weise langfristig erhalten bleiben“, teilte de Maizière mit. Kritik kommt hingegen von den Grünen. „Der Fokus der Mandatserweiterung liegt klar auf europäischer Abschottung“, sagte Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. „Frontex soll vermehrt Rückführungen durchführen und Mitgliedsstaaten zu Grenzschutzmaßnahmen zwingen.“ Besonders beunruhigend sei die Möglichkeit von Einsätzen in Drittstaaten wie etwa Libyen. „Wenn man sieht, dass die

EU-Mitgliedsstaaten parallel hierzu Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals mit den nordafrikanischen Staaten anstreben, dann zeichnet sich ein düsteres Bild, was den Schutz von Geflüchteten und Menschenrechte betrifft“, betonte Amtsberg. Frontex ist zurzeit vor allem auf dem Mittelmeer tätig. Seit Jahresbeginn brachen 132.000 Menschen von Libyen nach Italien auf. Kanzleramtsminister Peter Altmaier sagte Rom jetzt zu, Deutschland werde Italien monatlich 500 Migranten abnehmen – „auch als Beispiel für andere Länder in Europa“.

STUTTMANN



## Lohnungleichheit wird Pflicht

Große Koalition einigt sich auf Vorgaben für Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten

VON MICHAEL FISCHER

BERLIN. Noch sind sie nicht im Wahlkampfmodus. Zumindest nicht richtig. Als die Große Koalition am Donnerstag mal wieder in größerer Spitzenrunde tagte, stellte sich auch die Frage: Was geht noch gemeinsam zwischen Schwarz und Rot, bevor im Bundestagswahljahr 2017 Kompromisse in der Sache immer schwieriger werden? Kanzlerin Angela Merkel (CDU), SPD-Chef Sigmar Gabriel, CSU-Chef Horst Seehofer und die Fraktionsvorsitzenden hatten eine ganze Palette strittiger Themen zu verhandeln. Zumindest in einigen Bereichen gab es tatsächlich neue Vereinbarungen. Lohnungleichheit: Die Koalition hat sich darauf geeinigt, dass Firmen ab 200 Mit-

arbeitern künftig gleiche Bezahlung für gleiche Posten von Frauen und Männern nachweisen und dokumentieren müssen. Ausgenommen sind Betriebe, die gültige Tarifverträge abgeschlossen haben – darin ist die Gleichbezahlung ohnehin festgeschrieben. Unternehmen ab 500 Beschäftigten sollen verpflichtet werden, Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit einzuführen und darüber auch zu berichten. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte nach dem Treffen im Kanzleramt, für 14 Millionen betroffene Arbeitnehmer sei die Vereinbarung „ein großer Schritt nach vorn“. Die Union lobt, die Vereinbarung sei weniger bürokratisch als zunächst geplant. Kinderzuschlag für Geringverdiener: Er soll zum Jahreswechsel um zehn auf

bis zu 170 Euro im Monat steigen. Darauf haben sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) verständigt. Auch die von Schäuble angekündigte Erhöhung des Kindergelds um zwei Euro sowie eine leichte Anhebung von Grundfreibetrag und Kinderfreibetrag haben SPD und Union besiegelt. Zum 1. Juli 2016 war der Kinderzuschlag bereits um 20 Euro auf maximal 160 Euro monatlich gestiegen. Kindergeld und Kinderfreibetrag waren zu Jahresbeginn erhöht worden. Innere Sicherheit: Einbruchsdiebstähle sollen strenger bestraft werden. Dies sei nach wie vor ein großes Problem, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder. Die Aufklärungsquoten seien mit 15 Prozent viel zu gering. Er kündigte zudem an, dass Rettungskräfte im Einsatz besser vor Angriffen geschützt werden sollen. Majestätsbeleidigung: Der entsprechende Paragraf 103, der die Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten unter Strafe stellt, soll abgeschafft werden. Er war in die Schlagzeilen geraten, nachdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan auf Basis dieser Gesetzesregelung ein Strafverfahren gegen den ZDF-Moderator Jan Böhmermann wegen dessen „Schmähegedichts“ angestrengt hatte. Nicht in allen Punkten gelang gestern die Wiederannäherung zwischen den drei Parteien. Klärungsbedarf gibt es etwa



Rücken wieder zusammen: Unionsfraktionschef Volker Kauder (links), CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann gestern nach dem Koalitionstreffen. Foto: dpa

bei der Rente. So will Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) die Ostromen bis 2020 vollständig aufs Westniveau heben. Das soll allein in den ersten vier Jahren rund elf Milliarden Euro kosten. Strittig ist, ob dies aus der Rentenkasse oder aus Steuermitteln bezahlt werden soll. Keine Einigung gab es auch bei der Lebensleistungsrente, mit der kleine Renten aufgewertet werden sollen. Die Koalition will nun in den kommenden drei Wochen Klarheit drüber schaffen, welche Rentenprojekte sie in dieser Legislaturperiode noch angehen wird.

NACHRICHTEN

### Kein Schadensersatz für Kund-Opfer

KARLSRUHE. Der Bundesgerichtshof hat Schadensersatzansprüche von Hinterbliebenen des Luftangriffs im afghanischen Kundus zurückgewiesen. Hintergrund des Verfahrens ist das Bombardement von zwei Tanklastwagen 2009, das der deutsche Oberst Georg Klein befohlen hatte. Etwa 100 Menschen wurden dabei getötet. Zur Begründung hieß es, dass Klein „nach Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Aufklärungsmöglichkeiten“ nicht habe erkennen können, dass sich im Zielbereich des Luftangriffs Zivilisten befanden.

### Gericht erlaubt Nutzung von Steuer-CD

STRASSBURG. Deutsche Finanzbehörden dürfen Durchsuchungen auf illegal beschaffte Bankdaten stützen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied am Donnerstag in einem Fall aus dem Jahr 2008, dass die Verwendung nicht gegen das Recht auf Schutz der Privatsphäre verstößt habe. Geklagt hatte ein deutsches Ehepaar, dessen Wohnung in einem Steuerstrafverfahren durchsucht worden war. Die Durchsuchung basierte auf Bankdaten, die der Bundesnachrichtendienst aus Liechtenstein gekauft hatte.

### Lange Haftstrafe für IS-Terrorist „Abu Zulfikar“

DÜSSELDORF. Der 23-jährige Kerim Marc B. ist als IS-Terrorist des zu sechs Jahren und neun Monaten Haft verurteilt worden. Das Düsseldorf Oberlandesgericht sprach den Syrien-Rückkehrer am Donnerstag schuldig. Der Angeklagte hatte zuvor gestanden, dem Anführer der IS-Terrormiliz, Abu Bakr al-Baghdadi, die Treue geschworen zu haben. Die Bundesanwaltschaft hatte eine siebenjährige Haftstrafe beantragt. Unter dem Namen „Abu Zulfikar“ gehörte Kerim Marc B. einer Einheit überwiegend bosnischer IS-Kämpfer an.

### Irak ruft wegen Türkei UN-Sicherheitsrat an

BAGDAD. Der Irak will die Türkei über den UN-Sicherheitsrat zu einem Rückzug seiner Soldaten aus dem Nordirak zwingen. Der irakische UN-Botschafter habe um die Einberufung des Rates gebeten, um über die „Verstöße und Einmischungen der türkischen Seite“ zu diskutieren, sagte ein Sprecher. Die Bitte enthalte den Antrag, eine Resolution zu beschließen, um die türkische Militärpräsenz im Nordirak zu beenden. Die Türkei bildet dort kurdische Peschmerga für die Bekämpfung des IS aus.

NAHAUFNAHME

## „Mister Arbeitsmarkt“ übernimmt das Ruder

VON SEBASTIAN BRONST UND KATRIN DIEDERICH

Seinen Spitznamen hat sich Detlef Scheele über Jahrzehnte erarbeitet, und „erarbeitet“ passt bei ihm im doppelten Sinn. Denn Scheele gilt schon lange als der „Mister Arbeitsmarkt“ von Deutschland. Nahezu sein gesamtes Berufsleben hat sich der 60-Jährige diesem Politikfeld gewidmet. Der Spitzenjob bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) soll diese Karriere nun krönen. Medienberichte zufolge wird Scheele Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Frank-Jürgen Weise, der in den Ruhestand geht. Seit Herbst 2015 ist Scheele als Vorstand für den Bereich Arbeitsmarkt bei der BA zuständig. Der gebürtige Hamburger gilt als ausgewiesener Fachmann mit großer Erfahrung. Seit 1980 SPD-Mitglied, ist Scheele langjähriger politischer Vertrauter von Hamburgs Erstem Bürger-

meister und SPD-Chef Olaf Scholz. Dieser bezeichnete ihn wiederholt als „den Besten“ für Führungsämter in Arbeitsmarkt- und Sozialbehörden. Scholz war es auch, der Scheele 2008 als Staatssekretär ins Bundesarbeitsministerium holte, als er dessen Leitung in der damaligen Großen Koalition übernahm. Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung bei der Bundestagswahl 2009 blieb Scheele noch kurze Zeit im Amt und kehrte dann nach Hamburg zurück. 2011, nach seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister in Hamburg, ernannte Scholz seinen Parteikollegen

dann zum Sozialsenator. Bis zu seinem freiwilligen Wechsel zur BA vor etwa einem Jahr galt Scheele als eine unangefochtene Säule im Hamburger Senat. In seinem Amt war der dreifache Familienvater auch für besonders konfliktträchtige Themen zuständig – darunter die Kita-Betreuung sowie der Umgang



ZUR PERSON

Detlef Scheele (60) war von 2011 bis 2015 Sozialsenator in Hamburg. Vor einem Jahr wechselte der Sozialdemokrat in den Vorstand der Bundesagentur für Arbeit. Er ist verheiratet und hat drei Töchter.